

II – 4392 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2188 IJ

1986 -06- 27

A n f r a g e

der Abgeordneten Wanda Brunner, Dr. Reinhart, Weinberger,
Dipl.Vw. Tieber, Mag. Guggenberger, Strobl
und Genossen
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend 7. Tiroler Gesundheitsausstellung.

Anfangs Juni dieses Jahres fand in Innsbruck die vom Land Tirol,
der Stadt Innsbruck und der Tiroler Gebietskrankenkasse unterstützte
7. Tiroler Gesundheitsausstellung statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung
hielt Herr Dr. Christoph STEURER ein Referat zum Thema "Abtreibung: Was
auch gesagt werden muß". Dieses Referat gliederte sich in einem Vortrag
und in einer Vorführung eines Filmes.

In seinem Vortrag stellte Dr. Steuerer u.a. folgende Behauptungen auf:

- a) In Österreich erfolgen jährlich 100.000 bis 120.000 Schwangerschafts-
abbrüche.
- b) Es erfolgen laufend Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Schwanger-
schaftswoche.
- c) Die in Österreich gesetzlich geregelte Fristenlösung wurde mit den
Verbrechen des NS-Regimes in den Konzentrationslagern gleichgestellt.
- d) Embryos werden LKW-weise ins Ausland für die Kosmetikindustrie ge-
liefert.

Bei dem Film handelt es sich um einen amerikanischen Stummfilm, der in
abscheulicher und unmenschlicher Weise gegen jeglichen Schwangerschafts-
abbruch zu Felde zieht. Besucher dieser Veranstaltung sprachen durchwegs
nicht von einem Aufklärungsfilm sondern von einem Gruselfilm.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e n :

- 1) Wie stellen Sie sich grundsätzlich zu der Vortragsveranstaltung von Dr. Steurer in Innsbruck ?
- 2) Wie decken sich die einzelnen Feststellungen des Vortragenden Dr. Steurer mit den tatsächlichen Gegebenheiten ?
- 3) Welche gesetzlichen Vorkehrungen sind bereits getroffen, damit die von Dr. Steurer angeprangerten Umstände in Österreich überhaupt nicht Platz greifen können ?
- 4) Welche Initiativen wurden und werden demnächst im Sinne einer objektiven und wissenschaftlich vertretbaren Aufklärung über den Schwangerschaftsabbruch seitens Ihres Ministeriums unternommen ?